

Februar 2010

Pressemonitoring türkischer Printmedien



Konrad
Adenauer
Stiftung

Almanya Programm



DEUTSCHE INTEGRATIONSPOLITIK IN TÜRKISCHEN TAGESZEITUNGEN

1. Ausländerrechte in Deutschland

Aufenthaltsrecht · Staatsbürgerschaft · Einbürgerung · Ausweiskontrollen

2. Türkischunterricht an deutschen Schulen

Muttersprache-Unterricht oder zweite Fremdsprache in NRW

3. Islam in Deutschland

Islamische Studien an Hochschulen · Moscheebau und Gebetsrufe · Frauen in Führungspositionen

4. Integration durch politische Partizipation

Integrationsratwahlen in NRW · Mandatsträger mit Migrationshintergrund

5. Studien und Berichte über Integration

Abwanderung aus Deutschland · Chancen auf dem Arbeitsmarkt

6. Deutsch-türkische Lebenswelten

Ausstellung über türkische Juden · Döner- und Gastronomiemesse

Impressum

Redaktion: Danja Bergmann

Verfasser: imap Institut für interkulturelle Management und Politikberatung, Düsseldorf. Der Almanya-Presspiegel erscheint mit zwölf Ausgaben pro Jahr und kann unter <http://www.kas.de/wf/de/21.70/ac.doc/> abgerufen werden. Die Inhalte geben nicht die Meinung des Herausgebers wieder, sondern bilden Positionen von in Deutschland erscheinenden türkischen Tageszeitungen ab.

1. Ausländerrechte in Deutschland

Die türkische Presse befasste sich im Februar mit Neuerungen zum Thema Aufenthaltsrecht, Forderungen nach einer doppelten Staatsbürgerschaft sowie mit der Frage nach der Strafverfolgung von Zwangsheiraten.

Aufenthaltserlaubnis durch Minijob

Die konservative **HÜRRIYET** (05.02.) thematisiert das Urteil des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) im Fall Hava Genç gegen das Land Berlin. Frau Genç war 2004 im Rahmen der Familienzusammenführung nach Deutschland gezogen und arbeitete seither als Reinigungskraft. Als die Ehe scheiterte, sollte Genç abgeschoben werden. Das Verwaltungsgericht Berlin begründete diese Entscheidung damit, dass Genç durch ihre geringfügige Beschäftigung ihren Lebensunterhalt nicht gewährleisten könne. Genç klagte ihr Recht beim EuGH ein. Dieser entschied, dass ihre wöchentliche Arbeitszeit von 5,5 Stunden und ihr monatliches Durchschnittseinkommen von 175 € hinreichend seien, um ihre Aufenthaltserlaubnis in Deutschland zu verlängern. Die Zeitung resümiert: „Also können auch Geringverdiener in Europa leben.“

Anspruch Minderjähriger auf die doppelte Staatsbürgerschaft

Die konservative **SABAH** (17.02.) berichtet über den Fall einer 14-jährigen Türkin, die nach einer Entscheidung des Stuttgarter Verwaltungsgerichts die deutsche Staatsbürgerschaft erhielt, obwohl sie ihre türkische Staatsangehörigkeit noch nicht abgelegt hat. Die Begründung des Gerichts verweist auf die türkische Rechtsprechung: Laut türkischem Recht hat man erst dann die Befugnis, aus der türkischen Staatsangehörigkeit auszuscheiden, wenn man geschäftsfähig ist. Dies impliziert, dass zumindest das 18. Lebensjahr vollendet sein muss. Das Verwaltungsgericht Stuttgart empfand die Länge dieser Wartephase als „unzumutbar“ und hat damit „den Weg zur doppelten Staatsbürgerschaft für minderjährige Türkischstämmige geebnet“, berichtet die Zeitung.

Unterschriftenkampagne für doppelte Staatsbürgerschaft

Am 05.02. berichtet die **HÜRRIYET** über eine Petition, die der CDU-Politiker Abdurrahman Köylüoğlu an den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestag stel-

len möchte. In der Petition geht es um die Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft, so dass in Deutschland geborene Kinder zugewanderter Familien automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten. Um die Petition stellen zu können, müssten innerhalb von 3 Wochen 50.000 Unterschriften gesammelt werden. Namhafte Politiker sowie zivilgesellschaftliche Akteure und Vereine haben Köylüoğlu volle Unterstützung bei seinem Vorhaben zugesprochen. Köylüoğlu habe bereits ein Profil mit dem Namen „Doppelte Staatsbürgerschaft für alle“ beim Sozialnetzwerk Facebook eingerichtet, um im Vorfeld der Unterschriftenaktion eine möglichst breite Masse an Menschen zu erreichen, so die **HÜRRIYET**.

Beschleunigte Einbürgerung für gut integrierte Migrantinnen und Migranten

Der FDP-Bundestagsabgeordnete Serkan Tören hält den Vorwurf, dass gerade Migrantinnen und Migranten in Deutschland mehr Hartz IV beziehen als Einheimische, für unangebracht, berichtet die **HÜRRIYET** am 21.02. Der Bezug staatlicher Hilfen hänge nicht mit der Herkunft, sondern mit dem Bildungsniveau der Menschen und der gesamtgesellschaftlichen Situation in Deutschland zusammen. Zur Verbesserung der Situation schlägt Tören anstelle bisheriger Auflagen und Einschränkungen einen motivierenden Ansatz vor: Erfolgreich integrierte Migrantinnen und Migranten sollten mit einer „Turbo-Einbürgerung“ honoriert werden, meint Tören. Dies könne so aussehen, dass die bisherige Mindestaufenthaltsdauer von 8 Jahren, die erst zur Einbürgerung berechtigt, gesenkt wird und dass die Bearbeitungsdauer der Einbürgerung von über einem Jahr ebenfalls reduziert wird. Außerdem sollten nicht nur Sprachkenntnisse und die Integration auf dem Arbeitsmarkt als Integrationsindikatoren herangezogen werden, sondern auch das zivilgesellschaftliche Engagement, so Tören weiter.

Italienisches Visum für türkische Geschäftsleute

In Anknüpfung an die Visadebatte der vergangenen Wochen berichtet die liberale **MILLIYET** (17.02.) über ein Abkommen zwischen dem italienischen Generalkonsul in Istanbul und der Handelskammer Istanbul (ITO). Mit dem Abkommen wurde vereinbart, dass türkischstämmige Geschäftsleute, die im internationalen Handel tätig sind, ein sogenanntes Schengener Visum erhalten können. Hierzu ist zunächst ein Vorstellungsbrief der ITO notwendig. Das von Italien ausgestellte

Visum sei dann für fünf Jahre in allen Schengen-Staaten gültig, so die Zeitung weiter.

Ausweiskontrollen vor Moscheen abgeschafft

Die Kontroverse über die Zulässigkeit von Ausweiskontrollen vor niedersächsischen Moscheen ist beendet. Gleich mehrere türkische Zeitungen verkünden am 04.02. die Abschaffung der Ausweiskontrollen, die in den vergangenen Monaten häufig als unzulässig und sogar verfassungswidrig kritisiert worden waren. Die liberal-islamische **ZAMAN** titelt: „Die verfassungswidrigen Ausweiskontrollen vor Moscheen werden endlich eingestellt“. Das niedersächsische Innenministerium teilte mit, keine Kontrollen mehr durchzuführen, solange kein konkreter Verdacht oder greifbare Beweise vorlägen.

Strafrechtliche Verfolgung von Zwangsheiraten

Die **ZAMAN** (15.02.) berichtet über einen Beschluss des Bundesrates, das Thema Zwangsheirat mit einem eigenen Paragraphen im Strafrecht zu behandeln. Die Länder Nordrhein-Westfalen, Hessen und Baden-Württemberg hatten im Vorfeld einen entsprechenden Antrag gestellt. Der nordrhein-westfälische Integrationsminister Armin Laschet sagte: „Im Kampf gegen Zwangsverheiratungen ist es schon längst überfällig, dass wirklich etwas geschieht“.

2. Türkischunterricht an Schulen

Das Vorhaben, Türkisch als Fremdsprache und nicht als muttersprachlichen Unterricht einzuführen, stößt in den türkischen Medien auch auf Kritik.

Am 09.02. meldet die **MILLIYET**, dass der Beschluss, türkischsprachigen Unterricht als zweite Fremdsprache in Nordrhein-Westfalen zuzulassen, endlich gefallen ist. Türkisch werde somit auch bald ein versetzungsrelevantes Fach. Die **ZAMAN** (10.02.) behandelt unter dem Titel „Türkischunterricht in Nordrhein-Westfalen ist in Gefahr“ dasselbe Thema aus einer deutlich kritischeren Perspektive. Türkische Bildungsexperten wie Mehmet Önel oder Ali Sak befürchten, dass mit der Einführung des Türkischen als zweite Fremdsprache der muttersprachli-

che Türkischunterricht abgeschafft wird. Der Lehrplan des Türkischen als zweite Fremdsprache umfasse jedoch nicht wichtige Themen wie Geschichte und Geographie der Türkei sowie kulturelle Themen, wie der muttersprachliche Unterricht. Eine weitere Gefahr, die die Einführung des Türkischen als zweite Fremdsprache mit sich bringt, sei die Tatsache, dass eine Mindestanzahl von 18 Teilnehmern erfüllt werden müsse, damit die Kurse zustande kommen. Um besagten Gefahren vorzubeugen, schlugen die türkischstämmigen Bildungsexperten vor, muttersprachlichen Unterricht beizubehalten und gleichzeitig Türkisch als zweite Fremdsprache einzuführen.

3. Islam in Deutschland

Viel Aufmerksamkeit wurde der geplanten Gründung von islamischen Instituten an deutschen Hochschulen geschenkt. Ein weiteres wichtiges Thema waren die Moscheen in Deutschland.

Islamische Studien an deutschen Universitäten

In Bezug auf die Forderung des Wissenschaftsrates, islamische Religionspädagogik an deutschen Hochschulen einzuführen, titelt die **HÜRRIYET** am 01.02. erfreut „Guten Morgen, Deutschland“: Die Neuerung ziele langfristig darauf ab, Imame und islamische Religionslehrer künftig in Deutschland auszubilden. Allerdings seien Forderungen dieser Art keineswegs neu, sondern seien bereits vor 30 Jahren vom ersten Ausländerbeauftragten der Bundesregierung, Heinz Kühn, geäußert worden. „Die Empfehlungen sind da, seit Jahrzehnten. Wichtig ist die politische Entschlossenheit!“, schreibt das Blatt. Die **HÜRRIYET** (03.02.) berichtet, dass Bülent Ucar, Professor für islamische Religionspädagogik an der Universität Osnabrück, eine Gründung solcher Institute fordere. Unterstützung bekomme er von der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung, Staatsministerin Maria Böhmer: „Wenn wir unsere eigenen Imame ausbilden, wäre dies eine wichtige Botschaft für die Muslime.“ Auch die **ZAMAN** (09.02.) schreibt positiv zur geplanten Imamausbildung in Deutschland: „Die Äußerungen des Wissenschaftsrates sind Ausdruck einer neuen Öffnung und haben bei den islamischen Vereinigungen für Freude gesorgt“, so die Zeitung. Auf die Empfehlung des Wissenschaftsrates bekundeten mehrere Universitäten Interesse, entsprechende In-

stitute zu gründen, berichtet die **ZAMAN**. Dazu gehörten die Universitäten in Tübingen, Heidelberg und Münster. Die **ZAMAN** (12.02.) berichtet weiter von einem Empfang zu Ehren von Imamen in Istanbul, an dem u. a. auch Annette Schavan, Bundesministerin für Bildung und Forschung, teilnahm. Neben Glückwünschen zur bevorstehenden Aufnahme ihrer Tätigkeit in Deutschland sagte Schavan: „Die Imame werden zu Brückenbauern zwischen unseren zwei Ländern.“

Repräsentation des Islam in Deutschland

Die **ZAMAN** berichtet am 19.02. über die Ergebnisse einer Konferenz zum Verhältnis von Politik und Islam in Deutschland, die in Münster stattgefunden hat. Auf der Konferenz wurde festgestellt, dass der Zentralrat der Muslime mittlerweile im Dialog mit dem Islam in Deutschland eine anerkannte Organisation ist. Die Forderung nach einem einheitlichen Repräsentanten des Islam als Dialogpartner in Deutschland wurde intensiv diskutiert. Die Forderung nach einer solchen Repräsentationsfigur wird jedoch von der Zeitung kritisiert: „Von dieser Forderung muss abgesehen werden. Stattdessen muss nach einer Form der Repräsentation gesucht werden, die die vielfältigen Strömungen im Islam anerkennt und diesen Rechnung trägt.“

Moscheebau und Gebetsrufe

Die **ZAMAN** (01.02) verkündet auf ihrem Titelblatt die „Freude über den Muezzinruf“ der Merkez-Moschee in der schleswig-holsteinischen Stadt Rendsburg. Trotz massiver Proteste sei der Gebetsruf unter dem Vorbehalt, zu starke Lärmbelästigung zu vermeiden, in der Zeit von 6 bis 22 Uhr ab sofort erlaubt, meldet die Zeitung.

Heinz Buschkowsky, Bezirksbürgermeister von Berlin-Neukölln, fordert prunkvollere Moscheebauten in Deutschland, berichtet die **ZAMAN** (03.02.). Es ginge hierbei nicht um die Anzahl der Moscheen in Deutschland, sondern eher darum, von dem Image der „Hinterhofmoschee“ wegzukommen, so Buschkowsky. Außerdem sei Transparenz ein entscheidender Faktor. Zum Minarettreferendum der Schweiz sagte Buschkowsky: „Es ist falsch, die Gebetsstätte einer Glaubensgemeinschaft zu verbieten.“

„Die Katholische Kirchengemeinde St. Theodor in Köln-Vingst unterstützt den Moscheebau in Köln-Ehrenfeld“, schreibt die **HÜRRIYET** (11.02). Die Spende der Kirchengemeinde beträgt 5.000 €. Mehmet Yildirim, Geschäftsführer der DITIB, habe sich neben dem tatsächlichen finanziellen Wert vor allem über die symbolische Bedeutung der Spende gefreut, so die Zeitung weiter.

Frauen in Führungspositionen

Im vergangenen Monat hatte Gülay Kahraman als erste Frau den Vorsitz einer DITIB-Moscheegemeinde in Deutschland übernommen. Die **ZAMAN** (01.02.) berichtet über die Freude des DITIB-Vorstandsvorsitzenden Sadi Arslan, dass erstmals eine Frau diesen Posten übernimmt. Arslan wies darauf hin, dass die Hälfte aller Muslime in Deutschland Frauen seien und dass sich diese Tatsache auch in der Vorstandsstruktur der DITIB-Moscheen niederschlagen müsse. Ihm sei persönlich sehr daran gelegen, dass mehr Frauen verantwortungsvolle Führungspositionen in Moscheen übernehmen, so Arslan weiter. Dies sei einerseits ein gutes Signal nach Außen und würde andererseits die Qualität der internen Arbeit deutlich heben. „Wir wollen gezielt weibliche Vorsitzende fördern“, so der Vorstandsvorsitzende weiter.

Milli Görüş - Anzeige gegen „Report München“

Die Islamische Gemeinschaft Milli Görüş (IGMG) hat laut **MILLIYET** (11.02.) Strafanzeige gegen das Magazin Report München erstattet. Durch die Anzeige wehre sich die IGMG gegen eine Verleumdung. Das Magazin hatte zuvor berichtet, dass die IGMG in ihren Schulungsunterlagen Dokumente und Videos verbreite, die Gewalt, Terrorismus und Antisemitismus verherrlichen.

4. Integration durch politische Partizipation

Die Wahlen zum Integrationsrat in Nordrhein-Westfalen wurden von der türkischen Presse mit einer ausführlichen Berichterstattung begleitet.

Vor den Integrationsratswahlen am 07.02. forderte Thomas Kufen, Integrationsbeauftragter der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Migrantinnen und Migranten dazu auf, ihr politisches Mitbestimmungsrecht bei den Wahlen der Integrationsräte zu nutzen. Im Beitrag der **HÜRRIYET** vom 03.02. betont Kufen, dass diese als Lobby der Migrantinnen und Migranten fungierten und es daher auch wichtig sei, wählen zu gehen. In ähnlicher Weise appellierte Tayfun Keltek, Vorsitzender der LAGA NRW, laut **ZAMAN** (02.02.). Keltek wies darauf hin, dass die Integrationsräte die einzige Möglichkeit für in Deutschland lebende türkische Staatsbürger seien, ihren Wünschen und Interessen Gehör zu verschaffen. „Die Beteiligung bei den Wahlen der Integrationsräte ist von zentraler Bedeutung, um die Anerkennung der Politiker vor Ort zu gewinnen.“

Nach den Wahlen meldet die **MILLIYET** (08.02): „Zuwanderer zeigen kein Interesse an den Wahlen“. Trotz zahlreicher Aufforderungen sei die Wahlbeteiligung nur sehr gering gewesen. Insgesamt hatten sich 3.500 Türkischstämmige zur Wahl gestellt.

Mehr Beamte mit Migrationshintergrund

Die **ZAMAN** berichtet am 16.02. über ein Treffen zwischen dem Bremer Bürgermeister Jens Böhrnsen und dem Netzwerk türkeistämmiger Mandatsträger. Böhrnsen habe gesagt, dass die Bremer Landesregierung den Integrationsprozess sehr ernst nehme und habe außerdem den Dialog mit der muslimischen Gemeinde vor Ort gelobt. Der Bürgermeister fordere, mehr Staatsbeamte mit Migrationshintergrund einzustellen, so die Zeitung. Aktuell haben 52% der Bremer Schüler, die ihre Schullaufbahn jetzt beginnen, einen Migrationshintergrund.

5. Studien und Berichte über Integration

Die türkischen Medien berichten über die verstärkte Abwanderung von Türkischstämmigen und die zunehmende Armut dieser Bevölkerungsgruppe in Deutschland.

Abwanderungsland Deutschland

Die **SABAH** (04.02) berichtet über den Migrationsbericht 2008, den das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge im Auftrag der Bundesregierung jährlich herausbringt. Der Bericht stellt fest, dass auch im Jahre 2008 das Hauptherkunftsland der nach Deutschland zugewanderten Menschen Polen war. Demgegenüber stand in dem Bericht die Türkei, bei der bereits zum dritten Mal in Folge ein Wanderungsverlust festgestellt wurde: 2008 zogen etwa 27.000 Menschen aus der Türkei nach Deutschland, während etwa 35.000 Türkischstämmige Deutschland verließen.

Akademiker verlassen Deutschland

Eine ähnliche Abwanderungstendenz bezüglich türkischstämmiger Akademiker stellt auch die **HÜRRIYET** fest. Am 04.02. berichtet sie unter dem Titel „Akademiker-Migranten flüchten aus Deutschland“ über eine Podiumsdiskussion in Dortmund. Während das Land einerseits bemüht sei, die Lücke an qualifizierten Arbeitskräften mit Vereinfachungen bei der Einreise nach und dem Aufenthalt in Deutschland zu gewährleisten, verließen die hier ausgebildeten Akademiker zunehmend das Land, meldet die Zeitung: Im Jahre 2008 waren es laut einer Studie der deutsch-türkischen Stiftung für Bildung und wissenschaftliche Forschung (TAVAK) immerhin 170.000 Menschen. Die Hälfte hiervon war türkischstämmig. Die Studie schätzt, dass die Zahl auswandernder Türkischstämmiger im Jahre 2009 auf 100.000 Menschen ansteigen werde.

Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt

Unter dem kritischen Titel „Ablehnung bei ausländischem Namen“ fasst die **MILLIYET** (10.02) den Befund einer Studie des Instituts zur Zukunft der Arbeit (IZA) zusammen. Bei der Durchführung der Studie wurden inhaltlich gleichwertige Bewerbungen per Zufall mit deutschen und türkischen Absendern versehen

und auf offene Stellen verschickt. Die Untersuchung ergab, dass trotz äquivalenter Qualifikationen die Bewerbungen mit deutschen Absendern 14 Prozent mehr positive Reaktionen erhielten, als die Bewerbungen mit türkischem Absendernamen. Laut der Zeitung werde „einmal mehr deutlich, wie Zuwanderer auf dem Arbeitsmarkt weiterhin diskriminiert“ würden.

Steigende Armutsgefahr

Am 19.02. informiert die **HÜRRIYET** unter dem Titel „Die Hälfte der Türken ist arm“ über die Ergebnisse einer aktuellen Untersuchung des Zentrums für Türkei-studien. Die Studie ergab, dass 42,5% der türkischstämmigen Haushalte in Deutschland unterhalb der Armutsgrenze lebt. Sie fand außerdem heraus, dass mit steigender Anzahl der Haushaltsmitglieder auch die Armutsgefahr steigt, so die Zeitung.

6. Deutsch-türkische Lebenswelten

Auch im Februar behandelten die türkischen Zeitungen wieder verschiedene Themen, die die Lebenswelten Türkischstämmiger in Deutschland prägen.

Ausstellung über türkische Juden

Die **HÜRRIYET** (05.02.) berichtet über die Ausstellung „Vom Bosphorus an die Spree“ in Berlin. Die Ausstellung zeige, dass das Berlin des 19. Jahrhunderts ein beliebter Niederlassungsort für Menschen jüdischer Herkunft war. Hierbei wird ein besonderer Fokus auf ausgesuchte Geschichten und Fälle türkischer Juden gelegt. Die Ausstellung in der Neuen Synagoge Berlin kann bis zum 03. Mai besucht werden.

Die erste Döner-Messe

Am 17.02. informiert die **MILLIYET** über „die erste Döner- und Gastronomie-Messe der Welt“. Sie soll am 27. März unter Beteiligung 25 deutscher und türkischer Unternehmen in Berlin stattfinden. Neben der Vorstellung neuester, für die Branche relevanter Technologien soll auf der Messe auch die Bedeutung des Dö-

ner-Sektors für die deutsche Wirtschaft thematisiert werden, so die Zeitung weiter. Die Teilnahme an der Messe ist kostenlos.